| Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin  Abteilung Bürgerdienste, Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt | Logo Berlin mit Bär und Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg mit Wappen |
| --- | --- |

Es gilt das gesprochene Wort

49. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin am 17.02.2021

Antwort auf die mündliche Anfrage **Nr.** 5 des BV Martin Rutsch (DIE LINKE)

|  |
| --- |
|  |

„Bürgerbeteiligung bei der Einführung von Parkraumbewirtschaftungszonen

südlich des S-Bahn-Rings“

Sehr geehrter Herr Vorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Rutsch, ich beantworte die Anfrage wie folgt:

# 1. Frage

# Wie positioniert sich das Bezirksamt zu der Stellungnahme der Bürgerinitiative Marienhöhe gegen die Parkraumbewirtschaftung im Marienhöher Weg?

# Antwort auf 1. Frage

Bei mir ist die Stellungnahme der Bürgerinitiative bisher nicht eingegangen – wir haben lediglich durch eine Presseanfrage davon erfahren. Einzelne Bürgergespräche haben aber auch pro Stimmen gezeigt. Das wäre noch aufzuklären.

Das Bezirksamt hatte gem. Drs. 0718/XX den Auftrag, u.a. den Tempelhofer Damm und angrenzende Bereiche zwischen Stadtring und Ullsteinstraße auf den verkehrlichen und wirtschaftlichen Bedarf für Parkraumbewirtschaftung (PRB) hin zu untersuchen. Bei der Untersuchung sollten Gebiete mit einbezogen werden, in die Parkplatzsuchende durch die Bewirtschaftung verdrängt werden könnten. Nach Möglichkeit sollten für die Abgrenzung des **Gebiets „natürliche“ Grenzen gewählt** werden (z.B. Gewässer, Bahntrassen, Grünanlagen, Hauptverkehrsstraßen mit stärkerer Trennwirkung). Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung sei für jedes Gebiet und in der Summe aller Gebiete vorzulegen, damit keine finanziellen Belastungen für den Bezirk entstehen. Dies hat das Bezirksamt getan und legt mit der Mitteilung zur Kenntnisnahme das Ergebnis dieser Untersuchung vor.

Die Untersuchung durch ein Verkehrsplanungsbüro spricht sich für eine großzügige Bemessung der Parkraumbewirtschaftung aus. Auch die IHK und die Senatsverwaltung argumentieren ganz ähnlich. Ich zitiere die IHK vom 2.1.2021:

*Laden und Liefern auf Radverkehrsanlagen zu vermindern, muss das Parkraummanagement in Geschäftsstraßen weiterentwickelt werden. Zweckmäßige Elemente dafür sind u.a. die Einrichtung von mehr und passenden Ladezonen, angemessene Gebühren für das Parken, sowie die Ungültigkeit von Bewohnerparkausweisen in Geschäftsstraßen. So wird das Laden und Liefern erleichtert und der Straßenverkehr sicherer. Damit sich Polizei und Ordnungsämter nicht mehr gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, braucht es die Kontrolle aus einer Hand. Erst wenn die Mitarbeiter der Ordnungsämter auch Falschparker aus Ladezonen abschleppen lassen, müssen die Lieferanten nicht mehr auf der Fahrbahn entladen. Dazu müssen die Mitarbeiter die nötige Qualifikation erwerben, auch wenn das zu mehr Personalkosten führen sollte.*

Bezüglich der Überwachung haben wir gerade 16 Verkehrsüberwachungskräfte in der Erprobungsphase und die Ergebnisse sind so gut, dass wir das Modell gerne verstetigen würden.

Im gesamten untersuchten Gebiet herrscht so hoher Parkdruck, dass die Bewirtschaftung der knappen öffentlichen Flächen sowohl für die Verkehrslenkung und Verkehrssicherheit sinnvoll ist. Zudem ist sie auch wirtschaftlich machbar, d.h. im Wirtschaftsplan selbsttragend.

Aus fachlicher Sicht und auf Basis der ermittelten Daten kann ich nur dringend davon abraten, die PRB nicht bis in die Marienhöhe auszuweiten. Im LOR Marienhöhe soll ein so kleiner Bereich in die Bewirtschaftung einbezogen werden, dass dafür aktuell keine eigene Bewohnerparkzone eingerichtet wird, sondern dieser kleine Teil dem LOR Manteuffelstraße zugeordnet wird.

Eine Herausnahme angrenzender Gebiete hätte zur Folge, dass der Parkdruck sich unreguliert in diese Gebiete verlagert. Man spricht hier vom „Ölfleck der Verteilung von ruhendem Verkehr“ Das haben wir mit der Parkzone 55 im Schöneberger Norden erlebt.

Die gewünschten positiven Effekte von Parkraumbewirtschaftung - weniger Falschparker, bessere Ausnutzung der knappen Flächen, Schutz der Anwohnenden vor Parksuchverkehr, weniger PKW in ihren Wohngebieten – würde für die Marienhöhe nicht eintreten.

Das passt aber nicht zu dem Anwohnerantrag auf Verkehrsberuhigung. Hier ist offenbar noch Kommunikation notwendig.

# 2. Frage

# Welchen zwingenden Grund sieht das Bezirksamt den Marienhöher Weg in die Parkraumbewirtschaftung miteinzubeziehen?

# Antwort auf 2. Frage

Es ist nicht „zwingend“, die Marienhöhe mit einzubeziehen, ich kann es aus meiner fachlichen Sicht aber nur empfehlen.

# 1. Nachfrage

Wie wird die Bürgerbeteiligung zur Einführung von Parkbewirtschaftungszonen im Bezirk generell, speziell in den Räumen südlich des S-Bahn-Rings sich gestalten?

# Antwort auf 1. Nachfrage

Laut Leitfaden „Parkraumbewirtschaftung“ der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sind die Betroffenen z.B. mit Bürger\_innenveranstaltungen zu informieren und zu beteiligen.   
Eine solche Veranstaltung zum aktuellen Stand Radverkehrsanlage und Parkraumbewirtschaftung hat bereits im November 2020 in der Ufa-Fabrik (pandemiebedingt leider nur als online-Veranstaltung) stattgefunden. Das Thema wurde aber auch über die letzten drei Jahre immer im Kontext des Verkehrsversuches Tempelhofer Damm mit diskutiert. Vor der Umsetzung werden die betroffenen Anlieger rechtzeitig durch ein zu verteilendes Informationsblatt unterrrichtet. In der Regel soll eine Frist von ca. 3 Monaten eingehalten werden, um die Bearbeitung von entsprechenden Bewohnerparkausweisen und Genehmigungen zu gewährleisten.

# 2. Nachfrage

Können die Forderungen der BI nach Durchfahrtsverbot für ein- und mehrspurige Kraftfahrzeuge (ausgenommen für Anlieger) und ein Tempolimit von 20 km/h im Rahmen einer ausgeschilderten Anwohnerstraße zwischen Attilastraße und Röblingstraße im Planungsprozess rund um die Marienhöhe berücksichtigt werden?

# Antwort auf 2. Nachfrage

Der Antrag zum Marienhöher Weg erreichte die untere Straßenverkehrsbehörde am 03.02.2021 und befindet sich derzeit in Prüfung. Aufgrund der geringen Personaldecke wird dies noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Christiane Heiß  
Bezirksstadträtin